



## 160. Sitzung (Sondersitzung)

Düsseldorf, Dienstag, 15. Februar 2022

<b>Mitteilungen des Präsidenten</b> .....	3	Marc Blondin (CDU)
<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b> .....	3	Florian Braun (CDU)
Worte des Präsidenten zum Tod von Dr. Hans-Ulrich Klose .....	3	Dr. Anette Bunse (CDU)
Verpflichtung des Abgeordneten Falk Heinrichs (SPD) .....	4	Guido Déus (CDU)
Formlose Rüge des Abgeordneten Frank Müller (SPD) betreffend TOP 1 der 159. Plenarsitzung am 28. Januar 2022 .....	5	Björn Franken (CDU)
<b>1 Vorausschauend und verantwortungs-     bewusst Öffnungsperspektiven für     Nordrhein-Westfalen schaffen</b>		Heinrich Frieling (CDU)
Unterrichtung durch die Landesregierung		Katharina Gebauer (CDU)
<u>In Verbindung mit:</u>		Daniel Hagemeier (CDU)
<b>Mit Geschlossenheit die Omikron-     Welle brechen</b>		Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)
Ministerpräsident Hendrik Wüst .....	5	Jens Kamieth (CDU)
Thomas Kutschaty (SPD) .....	7	Dr. Christos Georg Katzidis (CDU)
Bodo Löttgen (CDU) .....	10	Jochen Klenner (CDU)
Verena Schäffer (GRÜNE) .....	11	Oliver Krauß (CDU)
Christof Rasche (FDP) .....	14	Bernd Krückel (CDU)
Markus Wagner (AfD) .....	17	Dr. Marcus Optendrenk (CDU)
Minister Dr. Joachim Stamp .....	19	Dietmar Panske (CDU)
<b>Entschuldigt waren:</b>		Romina Plonsker (CDU)
Ministerin Ursula Heinen-Esser		Charlotte Quik (CDU)
Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner		Jochen Ritter (CDU)
		Hendrik Schmitz (CDU)
		Daniel Sieveke (CDU)
		Heike Troles (CDU)
		(ab 13:30 Uhr)
		Klaus Vossemer (CDU)
		Simone Wendland (CDU)
		Volkan Baran (SPD)
		Andreas Becker (SPD)
		Anja Butschkau (SPD)
		Gordan Dudas (SPD)
		Georg Fortmeier (SPD)
		Gabriele Hammelrath (SPD)
		Christina Kampmann (SPD)
		Andreas Kossiski (SPD)
		Hannelore Kraft (SPD)
		Eva Lux (SPD)
		Dr. Dennis Maelzer (SPD)
		Ernst-Wilhelm Rahe (SPD)
		Norbert Römer (SPD)
		Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD)
		Karl Schultheis (SPD)
		Ina Spanier-Oppermann (SPD)
		Marlies Stotz (SPD)
		Frank Sundermann (SPD)

Annette Watermann-Krass (SPD)  
Christina Weng (SPD)

Claudia Cormann (FDP)  
Henning Höne (FDP)

Berivan Aymaz (GRÜNE)  
Andreas Becker (GRÜNE)  
Wibke Brems (GRÜNE)  
Oliver Keymis (GRÜNE)  
Arndt Klocke (GRÜNE)  
Johannes Rimmel (GRÜNE)  
Norwich Rüße (GRÜNE)

Uta Opelt (AfD)  
Nic Peter Vogel (AfD)

Alexander Langguth (fraktionslos)  
Frank Neppe (fraktionslos)  
Marcus Pretzell (fraktionslos)

## Beginn 12:03 Uhr

(Der Präsident tritt ans Redepult.)

**Präsident André Kuper:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der vergangenen Woche ist der frühere 1. Vizepräsident und langjährige Abgeordnete dieses Hohen Hauses Dr. Hans-Ulrich Klose im Alter von 86 Jahren verstorben.

Mit Hans-Ulrich Klose verlieren wir in Nordrhein-Westfalen einen leidenschaftlichen Parlamentarier, der durch seine herausragende Persönlichkeit die Entwicklung und politische Kultur unseres Landes über Jahrzehnte mitgestaltet hat. Wir verlieren einen Kämpfer für Demokratie und Freiheit.

Der Christdemokrat gehörte dem Landtag Nordrhein-Westfalen von 1966 bis 2005 an – 39 Jahre. Damit ist er nach Johannes Rau der dienstälteste Abgeordnete in der Geschichte dieses Hohen Hauses. 18 Jahre davon – von 1982 bis 2000 – war Dr. Klose 1. Vizepräsident des Landtags. Das vier Jahrzehnte währende Wirken des Juristen Dr. Klose im Landtag war von beeindruckender Sachkenntnis, unermüdlichem Engagement, aber gleichzeitig auch von großer Fairness geprägt, und so genoss er, der so bescheidene und unprätentiös wirkende Mensch, über die Fraktionsgrenzen hinweg größte Wertschätzung. Ja, er war eine Instanz in diesem Haus.

Nur 20 Kolleginnen und Kollegen dieser 17. Wahlperiode haben mit Hans-Ulrich Klose noch aktiv im Landtag zusammengearbeitet. Beispielhaft nenne ich Minister Peter Biesenbach sowie die Präsidiumsmitglieder Carina Gödecke, Angela Freimuth und Oliver Keymis. Aber auch für alle anderen Abgeordneten hat der Verstorbene bleibende Spuren hinterlassen, die bis heute nachwirken.

Als herausragendes Beispiel nenne ich die Einführung des Art. 41 a unserer Landesverfassung. Denn damit wurden dem Petitionsausschuss wesentliche Befugnisse eingeräumt, um eigene Recherchen betreiben und Zutritt zu allen der Aufsicht des Landes unterstehenden Einrichtungen erwirken zu können. Mit der Einführung dieser Rechtsnorm hat unser Parlament in den späten 1960er-Jahren eine Vorreiterrolle für andere Landtage und auch den Deutschen Bundestag übernommen. Hans-Ulrich Klose hat an diesem Gesetzesverfahren maßgeblich mitgewirkt.

Wer sich mit der Vita von Dr. Klose befasst, erkennt sehr bald, dass er durch und durch für unsere parlamentarische Demokratie einstand – mit allen Konsequenzen. Das ging so weit, dass der im brandenburgischen Rüdersdorf geborene Klose für seine politische Überzeugung in der ehemaligen DDR als 20-Jähriger zehn Monate als Staatsfeind der DDR im Stasigefängnis Brandenburg verbringen musste. Nach seiner Entlassung flüchtete er 1957 über

Westberlin in die Bundesrepublik und kam in der Folge nach Korschenbroich. Er setzte sein Studium an der Universität Köln fort und wurde Richter am Sozialgericht.

Die Kommunalpolitik war ihm als Gemeinderatsmitglied und Bürgermeister in Korschenbroich immer wichtig. Kreistagsmitglied war er sogar 60 Jahre: Von 1961 bis 2020. Darüber hinaus war er von 2004 bis 2020 stellvertretender Landrat im Rhein-Kreis Neuss.

Hans-Ulrich Klose hatte die große Fähigkeit, widerstreitende Interessen zusammenzuführen und zum Wohle des Landes zu tragfähigen Kompromissen zu verhelfen. Er verdiente sich Respekt und Ansehen, weil er Wahrheiten aussprach. Dies tat er auch auf diplomatischem Parkett.

So wird auch von einem Empfang auf Schloss Benrath berichtet, bei dem sich Klose und Erich Honecker 1987 begegneten. Dort sprach Klose den Staatsratsvorsitzenden der DDR auf das gemeinsame Schicksal an. Beide hatten im Zuchthaus Brandenburg gesessen – wenn auch nicht zeitgleich. Klose erinnerte Honecker bei dieser Begegnung sehr unerschrocken daran. Ich zitiere: Sie unter den Nationalsozialisten und ich unter Ihrem Regime. – Zitat Ende. Klose forderte: Geben Sie die politischen Gefangenen frei.

Hans-Ulrich Klose wusste, worüber er sprach. Wenn er hier im Plenum ans Redepult trat, wurde es im Plenarsaal immer still, weil jeder wusste: Nun steht ein wichtiger Debattenbeitrag an. Egal ob er zu verfassungsrechtlichen Fragen, Themen wie „Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung“, „Erinnerungskultur“ oder zu Justizangelegenheiten sprach, immer waren seine Beiträge ein Gewinn für die parlamentarische Demokratie insgesamt.

Ein Beispiel hierfür war seine große Rede zur Wiedererlangung der deutschen Einheit, hier an diesem Pult am 4. Oktober 1990. Da die damalige Präsidentin Ingeborg Friebe an den offiziellen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Berlin teilnahm, sprach Dr. Hans-Ulrich Klose als 1. Vizepräsident. Die Stenografen protokollierten zum Redeende: „Anhaltender, lebhafter Beifall [...]. Ministerpräsident Dr. Rau gratuliert Vizepräsident Dr. Klose zu dieser Rede.“

Die Rede endete mit den Worten:

„Auch wir in Nordrhein-Westfalen können mitwirken, dass die Vision des europäischen Hauses [...] Wirklichkeit wird und [...] dabei die Hungernenden in Asien, Afrika und Lateinamerika nicht aus unserem Blickfeld geraten. Wenn wir dies beachten, darf die Freude über die wiedergewonnene Einheit noch einmal so groß sein.“

Worte, die deutlich machten, wie sehr Dr. Klose immer das große Ganze im Blick hatte.

In seiner letzten Plenarrede am 21. April 2005 zum Thema „40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen“ verabschiedete sich Dr. Klose von den Kolleginnen und Kollegen mit den Worten:

„Wir dürfen die Erfahrungen des vorigen Jahrhunderts, in dem zwei totalitäre Diktaturen, die nationalsozialistische und die kommunistische, zusammenbrachen, nicht in die Geschichtsbücher verbannen. Sie müssen Bestandteil der lebendigen Politik bleiben.“

Und er endete:

„Ich habe deshalb den Wunsch und die Bitte, dass die Ablehnung totalitärer Systeme, bei der alle Demokraten in diesem Hause in der Vergangenheit immer einer Meinung waren, auch in den nächsten Wahlperioden fortgesetzt wird. Ich möchte Sie bitten, dessen eingedenk zu sein. Ich habe aber auch die Zuversicht, dass das gelingen wird.“

Werte Kolleginnen und Kollegen, die menschliche Ausstrahlung und das sichere Gefühl für Stil und Würde des Parlaments, die von Dr. Hans-Ulrich Klose ausgingen, werden wir vermissen. Uns bleibt heute die Erinnerung an sein Lebenswerk. So gedenkt der Landtag Nordrhein-Westfalen in Dankbarkeit, Respekt und Verehrung. Ich bitte Sie, sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen zu erheben.

(Alle Anwesenden im Saal erheben sich zu einer Schweigeminute.)

Ich danke Ihnen.

(Der Präsident geht zurück zum Präsidentenplatz.)

Meine Damen und Herren, ich heiße Sie damit willkommen zu unserer – heutigen – 160. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

**Vor Eintritt in die Tagesordnung.** Die Einberufung des Landtags zur heutigen Sitzung erfolgte gemäß Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 21 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung auf Antrag der Abgeordneten der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Zunächst einmal möchte ich aber zur **Verpflichtung eines neuen Mitglieds des Landtags** kommen.

Der Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen hat mir mit Schreiben vom 28. Januar mitgeteilt, dass mit Wirkung vom gleichen Tag Herr Falk Heinrichs von der SPD als Nachfolger für den verstorbenen Abgeordneten Herrn Hubertus Kramer Mitglied des Landtags geworden ist.

Hier vorne im Plenarsaal stehen zwei Mikrofone. An dem einen werde ich gleich den nach unserer Geschäftsordnung vorgesehenen Text der Verpflichtungserklärung sprechen. Den neuen Kollegen werde ich bitten, zu mir an das zweite Mikrofon zu kommen.

Im allseitigen Einverständnis werde ich heute auf den nach § 2 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehenen Handschlag bei der Verpflichtung neuer Mitglieder des Landtags verzichten. Ich bitte unseren neuen Kollegen darum, mir, nachdem ich die Worte der Verpflichtungserklärung vorgetragen haben, seine Zustimmung durch die Worte „Ich bezeuge“ zu bestätigen.

(Der Präsident und Falk Heinrichs [SPD] begeben sich zu den Standmikrofonen.)

Ich bitte Sie, sich – soweit möglich – noch mal von den Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Sehr geehrter Herr Heinrichs, ich bitte Sie, die folgenden Worte der Verpflichtungserklärung anzuhören und anschließend mit den Worten „Ich bezeuge“ zu bestätigen.

„Die Mitglieder des Landtags von Nordrhein-Westfalen bezeugen vor dem Lande, dass sie ihre ganze Kraft dem Wohle des Landes Nordrhein-Westfalen widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die übernommene Pflicht und Verantwortung nach bestem Wissen und Können erfüllen und in der Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen dem Frieden dienen werden.“

**Falk Heinrichs (SPD):** Ich bezeuge.

**Präsident André Kuper:** Sehr geehrter Herr Kollege Heinrichs, ich heiße Sie als neuen Abgeordneten in der 17. Wahlperiode sehr herzlich willkommen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer täglichen Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Alles Gute!

**Falk Heinrichs (SPD):** Vielen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank – Der Präsident geht zurück zum Präsidentenplatz.)

**Präsident André Kuper:** Bevor wir zu unserem eigentlichen Tagesordnungspunkt kommen, muss ich noch **dem Abgeordneten Frank Müller von der SPD eine nichtförmliche Rüge aussprechen.**

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich komme zurück auf unsere Sitzung vom 28. Januar. Sie betrifft den Abgeordneten Frank Müller und dessen Verhalten während der Debatte zum damaligen Tagesordnungspunkt 1, der Aktuellen Stunde zum Thema „Priorisierung bei PCR-Tests – wie geht es für die Schulen in NRW weiter?“ Herr Abgeordneter Müller äußerte während des Redebeitrags des Herrn Abgeordneten Seifen gegenüber dem Redner einen beleidigenden Zwischenruf. Das ist der Würde des Parlaments nicht angemessen. Ich werde die Äußerung nicht wiederholen. Herr Kollege, ich ermahne Sie und bitte Sie, zukünftig derartige Äußerungen zu unterlassen.

Damit rufe ich den einzigen Tagesordnungspunkt auf:

### **1 Vorausschauend und verantwortungsbewusst Öffnungsperspektiven für Nordrhein-Westfalen schaffen**

Unterrichtung  
durch die Landesregierung

In Verbindung mit:

#### **Mit Geschlossenheit die Omikron-Welle brechen**

Die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 9. Februar die unverzügliche Einberufung des Landtags zu dem Tagesordnungspunkt „Mit Geschlossenheit die Omikron-Welle brechen“ beantragt.

Der Chef der Staatskanzlei hat ebenfalls mit Schreiben vom 9. Februar mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag zum Thema „Vorausschauend und verantwortungsbewusst Öffnungsperspektiven für Nordrhein-Westfalen schaffen“ zu unterrichten.

Die Unterrichtung erfolgt durch Herrn Ministerpräsidenten Wüst. Ich erteile ihm jetzt das Wort.

**Hendrik Wüst**<sup>1)</sup>, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Morgen tagt erneut die Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler, um über die weiteren Schritte in der Pandemie zu beraten. Ich danke herzlich für die Gelegenheit, Ihnen die Position der Landesregierung zur Ministerpräsidentenkonferenz vortragen zu dürfen.

Wir stehen heute an einem Punkt in der Pandemie, an dem wir vorausschauend und verantwortungsbewusst Öffnungsperspektiven für Nordrhein-Westfalen schaffen können. In den vergangenen Tagen konnten wir beobachten, dass die Infektionszahlen leicht zurückgehen. Es besteht Grund zur Hoffnung, dass sich die Omikron-Welle langsam zurückzieht.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Ah!)

Das zeigt: Unsere Schutzmaßnahmen wirken. Es war richtig, das Fernlicht einzuschalten.

Wir wissen von den Fachleuten, dass die Omikron-Welle bei uns vergleichbar wie in anderen Ländern verläuft. Wir haben jetzt die Chance, in eine neue Phase der Pandemie einzutreten.

Es war bisher richtig, achtsam zu sein. Wir müssen auch in der Phase der Öffnungen achtsam bleiben. Wir müssen achtsam bleiben, weil in Deutschland die ältere Bevölkerung nicht über ausreichend Impfschutz verfügt, anders als in anderen Ländern. Wir müssen achtsam bleiben, weil auch in Zukunft noch eine Überlastung der kritischen Infrastruktur, insbesondere in den Krankenhäusern, durch Infektion und Quarantäne von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eintreten kann. Wir müssen achtsam bleiben, weil gerade vulnerable Personengruppen von schweren Verläufen betroffen sind und damit eine potenziell hohe Belastung des Gesundheitssystems verbunden ist.

Der Expertenrat der Bundesregierung weist darauf hin: Neben den über 60-Jährigen haben Menschen mit schweren Grunderkrankungen und ungeimpfte Menschen das höchste Risiko für schwere Krankheitsverläufe, auch durch die Omikron-Infektion. Und wir müssen weiter achtsam bleiben, um die ersten Schritte der Öffnungen nicht zu gefährden.

Erste Öffnungen sind richtig, aber sie müssen so gemacht werden, dass wir nicht nach ein paar Wochen auf dem halben Weg wieder umdrehen müssen. Ein klarer Kurs ist hier wichtig. Es wäre nicht klug, erst überstürzt zu lockern und dann wieder einschränken zu müssen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Die Menschen erwarten zu Recht, dass wir nach zwei Jahren Pandemie was gelernt haben, und das haben wir: lieber ein klarer Kurs als ein Hin und Her.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Achtsamkeit heißt für mich in dieser Phase der Pandemie erstens Basisschutz, zweitens konsequentes Impfen. Für mich ist klar: Eine verantwortungsvolle Öffnungsperspektive funktioniert nur mit einem guten Basisschutz. Das heißt konkret: Stand heute läuft nach dem Infektionsschutzgesetz des Bundes die Rechtsgrundlage für jede Schutzoption am 19. März aus. Eine Lehre aus der Pandemie ist, dass man bewährte Schutzmaßnahmen nicht ausschließt. Wir brauchen weiter mindestens die Möglichkeit für bewährte Schutzmaßnahmen wie Maskenpflicht, Abstandsregeln und Hygienekonzepte.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Hat ja super funktioniert!)

Für den Basisschutz brauchen wir vom Bund auch nach dem 19. März eine Rechtsgrundlage.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]:  
Sieht das Herr Stamp auch so?

Länder und Kommunen müssen für den Fall der Fälle handlungsfähig bleiben.

Ich will ganz deutlich sagen: Wir sind ein Land, in dem die Starken für die Schwachen eintreten. Wir brauchen auch in Zukunft die Möglichkeit, die Verwundbarsten in unserer Gesellschaft schützen zu können, wenn es denn sein muss. Hier habe ich eine klare Erwartung gegenüber dem Bund. Auch wenn jetzt der Frühling ins Haus steht, müssen wir schon heute auch die kältere Jahreszeit dieses Jahres in den Blick nehmen.

Die Bundesregierung geht zusammen mit dem Robert-Koch-Institut davon aus, dass spätestens im Herbst mit einer neuen Infektionswelle zu rechnen ist. Für mich gehört es zu einer vorausschauenden Pandemiepolitik dazu, uns jetzt darauf vorzubereiten. In den dritten Winter der Pandemie müssen wir vorbereitet gehen. Das sind wir den Menschen schuldig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Neben dem Basisschutz muss weiter gelten: Impfen, Impfen, Impfen. Wir müssen weiterhin gemeinsam daran arbeiten, die Impflücken zu schließen. Das Impfen ist der richtige Weg, um Menschenleben zu schützen. 80 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen sind mindestens einmal geimpft. Bei den Erwachsenen sind es sogar 90 %.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Von 130!)

In nur einem Jahr haben wir 38 Millionen Impfdosen in Nordrhein-Westfalen verabreicht.

Wir reden in diesen Tagen viel über die Menschen, die da angeblich spazieren gehen. Ich will lieber über die reden, die zum Impfzentrum gegangen sind. Sie haben einen starken Beitrag geleistet zu Solidarität und Freiheit. Ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Weil Impfen uns auch mit Blick auf den nächsten Winter die Sicherheit gibt, nicht wieder Freiheitsrechte einzuschränken, halte ich auch die Arbeit an einer Impfpflicht für richtig. Impfvorsorge ist Teil einer vorausschauenden Pandemiepolitik. Wir sollten daher auch nicht nachlassen mit unseren Angeboten, damit im kommenden Herbst die Impflücken noch ein gutes Stück weiter geschlossen sind als heute.

Es gibt bei uns im Land Impflotsinnen und Impflotsen, die in den Städten unterwegs sind, die von Tür zu Tür gehen, das persönliche Gespräch suchen und Unterstützung bei der Impfung anbieten.

(Christian Loose [AfD]: Wie die Zeugen Jehovas!)

Es gibt Impfangebote in Moscheen und Kirchen, es gibt mehrsprachige Kampagnen mit Videos und Flyern und vieles mehr. Ich danke den Städten und Gemeinden, allen Helferinnen und Helfern, sie haben in dieser Krise Großartiges geleistet. Ich sage Danke für Kreativität, Tatkraft und vollen Einsatz für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Vielen herzlichen Dank auch dafür.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gerade den Kommunen, aber auch den sozialen Einrichtungen sind wir es schuldig, sie mit den offenen Fragen zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht nicht alleine zu lassen. Alle Länder sind sich einig: Wir brauchen eine einrichtungsbezogene Impfpflicht, um die vulnerablen Gruppen zu schützen. Wir können am 15. März mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht beginnen.

Der Impfstatus der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann durch die Einrichtung erhoben werden und an die Gesundheitsämter gemeldet werden. Aber dann kommt eben auch schnell ein Punkt, an dem klar sein muss, wie man mit ungeimpften Menschen umgeht. Und das muss bundeseinheitlich und klar geregelt sein.

Die Bundesregierung ist über Wochen Antworten zu den arbeitsrechtlichen Konsequenzen für Ungeimpfte und auf weitere Fragen schuldig geblieben. Die Kommunen und die Einrichtungen brauchen jetzt zügig eine Klärung, um eine praxisorientierte Umsetzung vor Ort zu ermöglichen. Da sind sich alle Länder einig. Wir brauchen da Klarheit, denn wir brauchen eine funktionierende, einrichtungsbezogene Impfpflicht, um die Schwächsten in unserer Gesellschaft schützen zu können.

(Beifall von der CDU, Dietmar Brockes [FDP] und Stephen Paul [FDP])

Wir müssen die Öffnungsperspektiven absichern mit Achtsamkeit, Basisschutz und mit konsequentem Impfen. Auch in der Öffnung ist Achtsamkeit geboten. Wir waren in dieser Pandemie immer dann stark und überzeugend, wenn Bund und Länder gut zusammengearbeitet haben. Das sollte auch bei den kommenden Öffnungen der Fall sein.

Als Erstes müssen die Einschränkungen dort zurückgenommen werden, wo die Risiken einer Ansteckung verhältnismäßig gering sind, der Schaden besonders hoch und eine Alternative vorhanden ist. Ein Beispiel dafür ist die Aufhebung von 2G im Handel.

Ich weiß um die großen Anstrengungen und Belastungen, die der Handel, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort in den letzten Wochen und Monaten unternommen haben. Die FFP2-Maske wird künftig der zentrale Schutzmechanismus beim Einkaufen sein.

(Helmut Seifen [AfD]: Schrecklich!)

Gleichzeitig wollen wir Einschränkungen zurücknehmen, die besonders stark in die Grundrechte der Menschen eingreifen. Das gilt etwa im privaten Bereich. Zu den ersten Schritten wird bei uns in Nordrhein-Westfalen gehört, dass wir die Kontaktbeschränkungen für die Geimpften spürbar zurücknehmen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

In weiteren Schritten planen wir Erleichterungen bei Gastronomie, Hotels und Großveranstaltungen. Das ist unser klarer Kurs: achtsam zurück zur Normalität.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden morgen mit den anderen Ländern und dem Bund das weitere Vorgehen beraten. Übermorgen, am Donnerstag, werde ich hier darüber informieren, wie wir die Beschlüsse in Nordrhein-Westfalen zeitnah umsetzen. Darauf kommt es jetzt an: Achtsamkeit, Basisschutz, konsequentes Impfen. So sind vorausschauende, verantwortungsbewusste Öffnungsperspektiven für Deutschland und Nordrhein-Westfalen möglich. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Damit eröffne ich die Aussprache und erteile als erstem Redner für die SPD ihrem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Kutschaty, das Wort.

**Thomas Kutschaty**<sup>\*)</sup> (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele von uns waren am Sonntag in Berlin. Auch zahlreiche Abgeordnete dieses Hauses waren Mitglied der Bundesversammlung und haben Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten gewählt. Das war, glaube ich, eine gute Entscheidung. Und dass sie so gut war, haben wir auch in der Rede des Bundespräsidenten im Anschluss feststellen können.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich möchte einen Teil seiner Rede zitieren, in dem er sich mit dem Thema „Corona“ beschäftigt hat.

Frank-Walter Steinmeier sagte am Sonntag:

„Die übergroße Mehrheit in unserem Land handelt verantwortungsvoll und solidarisch – seit zwei langen Jahren, die sich für viele anfühlen wie eine Ewigkeit. Als Ihr alter und Ihr neuer Bundespräsident möchte ich Ihnen von Herzen danken für diesen großen, gemeinsamen Kraftakt. Ganz herzlichen Dank dafür!“

Recht hat er, der Bundespräsident. Diesen Menschen gebührt unser Dank.

(Beifall von der SPD)

Er hat damit aber auch zum Ausdruck gebracht, dass jeder Mensch, jede Bürgerin und jeder Bürger für die Bekämpfung der Coronapandemie auch ein Stückchen Mitverantwortung trägt. Die allermeisten wissen das. Die allermeisten verhalten sich solidarisch. Sie tragen Masken, schränken Kontakte ein und lassen sich impfen.

Die Menschen im Lande kommen ihrer Verantwortung nach. Sie machen das nicht, weil ihnen das befohlen wurde oder weil sie sich als Untertanen sehen, sondern weil sie mündige Bürgerinnen und Bürger sind.

Durch die Kraft ihrer Vernunft, durch die Macht der Solidarität wurden in den letzten beiden Jahren viele Leben gerettet – viele Tausend Menschen allein in Nordrhein-Westfalen. Dafür können wir allen Bürgerinnen und Bürgern nur ein großes Dankeschön sagen.

(Beifall von der SPD)

Ich habe es an diesem Ort schon einmal gesagt, und ich wiederhole es gerne wieder: Gegen den Willen der Menschen kann eine Demokratie keine wirksamen Maßnahmen in der Pandemie durchsetzen. Das ist unmöglich.

Um dieses Virus zu besiegen, brauchen Parlamente und Regierungen auch die breite Unterstützung der Bevölkerung, und diese Unterstützung haben wir. Deshalb ist auch das Gerede von der Coronadiktatur nur die Agitation von Extremisten, die unsere liberale Demokratie bekämpfen wollen, aber dies wird ihnen nicht gelingen.

(Beifall von der SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Es wird ihnen nicht gelingen, weil dieser Minderheit eine große Mehrheit gegenübersteht.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Aber auch das Gerede von der angeblichen Freiheitsverachtung der Deutschen müssen wir als das bezeichnen, was es ist, nämlich als groben Unfug. Gerade weil die Deutschen die Freiheit lieben, folgen sie in der übergroßen Mehrzahl den Geboten der Vernunft.

Dies ist also kein Freiheitsverbot, sondern gelebte Solidarität.

(Beifall von der SPD, Verena Schäffer [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])

Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten aber auch, dass ihre Repräsentanten in den Parlamenten und Regierungen das Gleiche tun.

Es war ein Gebot der Vernunft, auf die Omikron-Welle – die mit Abstand größte Welle in dieser Pandemie – mit verschärften Regeln zu reagieren, weil wir nicht wissen konnten, wie heftig uns diese Welle treffen würde. Wir mussten unser Gesundheitssys-

tem schützen. Wir mussten die Daseinsvorsorge und die kritische Infrastruktur schützen, und genau das haben wir getan.

Ja, es liegt kein Ruhm in der Vorbeugung. Es liegt auch kein Ruhm in der Prävention. Wir alle miteinander wissen aber, dass die Vorsichtsmaßnahmen dafür gesorgt haben, dass wir nicht so hart von der Welle getroffen wurden.

Jetzt sind wir weiter. Aktuell sieht es danach aus, dass die Omikron-Welle ihren Höhepunkt erreicht hat und bricht. Die Zahl der Neuinfektionen ist zwar noch auf einem hohen Niveau, aber sie sinkt leicht. Die Hospitalisierungsinzidenz ist nur leicht gestiegen, und die kritische Infrastruktur ist sicher.

Als die Omikron-Welle auf uns zukam, war es unsere Verantwortung, den Schutz der Menschen sicherzustellen. Jetzt ist es unsere Pflicht, die Maßnahmen aufzuheben, die wir nicht mehr brauchen.

Ich mahne aber auch: Wenn man auf dem Gipfel ist und den Gipfel vermeintlich überschritten hat, dann geht es bergab. Wer zu schnell bergab läuft, der kann schnell ins Straucheln geraten. Deswegen ist nach wie vor Vorsicht das oberste Gebot der Stunde.

(Beifall von der SPD)

Mein Dank gilt dem Bundeskanzler und seinem Expertenrat, der uns mit klaren Worten am Wochenende hilfreiche Empfehlungen zur Bewertung der Lage gab. Es ist gut, wenn man einen Expertenrat hat.

(Beifall von der SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Deswegen bin ich optimistisch und zuversichtlich, dass morgen die richtigen Anpassungen und Maßnahmen im Rahmen der Ministerpräsidentinnenkonferenz getroffen werden.

Es bleibt aber zu hoffen, dass diese Beschlüsse diesmal länger halten als andere zuvor, denn die Art und Weise, wie in den letzten Tagen die Debatte darüber geführt wurde, wie wir diese Pandemie bestmöglich bekämpfen, ist falsch. Auch das gehört hier heute auf die Tagesordnung.

Es ist falsch, dass der Geist der gemeinsamen Verantwortung, der zwei Jahre lang die Pandemiepolitik bestimmt hat, durch den Geist der Verantwortungslosigkeit vertrieben wurde. Es ist falsch, wenn die Pandemie parteitaktisch instrumentalisiert wird, und es ist gefährlich, wenn Ministerpräsidenten so tun als seien sie nicht mehr an Recht, Gesetz und Verfassung gebunden.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den Grünen)

Alle demokratischen Parteien, Fraktionen, Abgeordnete und Regierungen haben die einrichtungsbezogene Impfpflicht im Bund und in den Ländern gemeinsam beschlossen, weil wir alle in den letzten

Jahren sehr schmerzvoll gelernt haben, dass das Risiko von älteren und kranken Menschen, an COVID-19 zu erkranken und zu sterben, nach wie vor sehr hoch ist, und weil wir die Verantwortung dafür tragen, Menschen zu schützen, die sich selbst nicht schützen können.

Wer geimpft ist, schützt auch die Menschen, die nicht geimpft werden können. Deswegen ist die einrichtungsbezogene Impfpflicht jetzt Recht und Gesetz, und alle Länder in Deutschland sind verpflichtet, diese Regelungen umzusetzen – auch Bayern.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den Grünen)

Dem CSU-Ministerpräsidenten Söder ging es einzig und allein um parteipolitische Geländegewinne. Er wollte die Bundesregierung unter Druck setzen und hatte den Versuch vor, der kläglich gescheitert ist, den Bundesgesundheitsminister vorzuführen. Dafür nahm er die Verunsicherung der Menschen, der Pflegerinnen und Pfleger billigend in Kauf. Dies war Rechtsmissbrauch mit Ansage. Dies war und ist beschämend.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt könnte man sagen: Gut, das ist Bayern. Was schert uns das, was in Bayern passiert? – Dabei ist es aber nicht geblieben. Der neue CDU-Chef Friedrich Merz wollte da nicht hinterherlaufen, sondern Söder sogar möglichst noch übertrumpfen. Man sei im CDU-Präsidium und im Vorstand ganz einhellig der Meinung – so konnten wir es lesen –, dass man die einrichtungsbezogene Impfpflicht nicht umsetzen wolle, sagte Friedrich Merz am 7. Februar. Er fügte laut Presse noch hinzu, auch die Unionsfraktionschefs der Länder seien dieser Auffassung.

Herr Kollege Löttgen, Sie können gleich mal erklären, ob dies stimmt oder nicht, ob die Zeitung lügt oder Herr Merz lügt. Vielleicht wissen Sie auch, ob der Ministerpräsident in den Gremien das Wort ergriffen und versucht hat, den Bundesvorsitzenden in die Schranken zu weisen. Wir sind gespannt.

Was da mit Herrn Merz passiert ist, ist brandgefährlich für unsere Sicherheit und für unsere Pandemiebekämpfung hier in Deutschland.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den Grünen)

In einer solchen Gesundheitskrise brauchen wir keine Zweifler. Wir brauchen entschlossenes Handeln; auch entschlossenes Handeln einer Landesregierung. Dass diese Landesregierung nicht mehr geschlossen ist, merken Sie auf jedem Meter.

Die gesamte Zerrissenheit konnte man am 9. Februar im WDR live mithören. Während der Kollege Rasche im Interview Lockerungen forderte, verteidigte der Gesundheitsminister den Kurs der Landesregie-

rung, an den bestehenden Maßnahmen festzuhalten.

Der Kollege Rasche setzt dem ganzen dann noch die Kirsche auf, als er sagte: „Offensichtlich ist das Vertrauen in die MPK verloren gegangen“. Herr Kollege Rasche, wissen Sie eigentlich, dass Sie damit die Autorität des MPK-Vorsitzenden, der zufällig auch noch Ihr Ministerpräsident ist, vollends untergraben haben?

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den Grünen)

Dies alles vermittelt den Menschen zumindest nicht das Bild von Zusammenhalt und Verlässlichkeit, das man jetzt braucht. Von dieser Coronapolitik bekommen die Bürgerinnen und Bürger ein Schleudertrauma und Kopfschmerzen.

Herr Wüst, ich habe gerade interessiert vernommen: Sie wollen vorbereitet sein, um diesmal besser in den dritten Winter zu kommen. Braucht es einen dritten Winter, um besser vorbereitet zu sein? Hätte man das alles nicht schon früher erkennen können?

(Beifall von der SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Warum mussten vor dem letzten Winter die Impfzentren geschlossen werden? Warum wissen Sie auch nach 24 Monaten noch nicht, wie man vernünftig mit Schulen kommuniziert? Wie Sie damit umgehen, ist doch grob fahrlässig.

70 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen sind deshalb mit Ihrem Krisenmanagement unzufrieden. Dies ist ein Misstrauensvotum, weil die Erwartungen der Menschen nach politischer Verantwortung nicht erfüllt werden.

Wissen Sie, was ich Ihnen sage, was die beste Vorbereitung für den dritten Winter ist? – Dass Sie hier ab Mitte des Jahres nicht mehr regieren.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Frank Boss [CDU])

Eine Landesregierung sollte in einer solchen Krise geschlossen auftreten und für gemeinsame Entscheidungen auch gemeinsam einstehen. Doch das tun CDU und FDP schon lange nicht mehr. Ja, Sie suchen nach einem Weg, aber dabei geht nur jeder von Ihnen in eine andere Richtung.

Konrad Adenauer hat mal gesagt: „Jede Partei ist für das Volk da und nicht für sich selbst.“ Wer dieses Zitat ernst nimmt, der muss Verantwortung übernehmen und nach dem richtigen Weg und nicht nach der möglichst schönen Schlagzeile suchen.

Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Sie geht in eine neue Phase. Jetzt wäre Einigkeit das Gebot der Stunde. Deshalb begrüße ich, dass man sich auf der Grundlage der Stellungnahme des Expertinnenrates der Bundesregierung hoffentlich morgen gemeinsam in der Runde der Ministerpräsidentinnen darauf ver-

ständigigt, wie wir diese Maßnahmen, mit denen wir auch diese Welle bewältigt haben, verantwortungsbewusst und sehr kontrolliert wieder zurücknehmen können.

Wenn wir es verantworten können, sind mehr Freiheiten in dieser Phase der Pandemie das Gebot der Stunde. Deshalb ist der Plan einer gestuften Öffnung des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens absolut richtig und wird auch von uns vom Grundsatz her unterstützt.

Ich möchte es aber unterbinden – ich glaube, auch da ist der Wunsch sogar ein gemeinsamer –, dass wir im Herbst wieder vor neuen Lockdown-Entscheidungen und vor neuen High-Noon-Entscheidungen stehen. Deswegen sage ich eines deutlich: Der Preis für die Lockerungen, die wir uns jetzt erlauben wollen, ist die Impfpflicht. Sonst stehen wir im Herbst wieder genauso da, wie vorher schon einmal der Fall war.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich freue mich, dass zumindest im Beschlussentwurf der Ministerpräsidentinnenkonferenz unter Punkt 6 auch das Plädoyer, das Starkmachen der Regierungschefinnen und -chefs für eine allgemeine Impfpflicht enthalten ist.

Es ist gut, dass jetzt auch die CDU bei dem Wettbewerb um die besten Ideen, wie eine solche Impfpflicht zu gestalten ist, mitmacht. Sie haben dazu auch einen Gesetzentwurf vorbereitet. Es macht die Demokratie aus, dass man auch in den Parlamenten darüber streiten kann, was eine gute Regelung ist.

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen hat vor wenigen Tagen noch klar Stellung bezogen. Er ist für eine allgemeine Impfpflicht ab 18. Das ist gut und richtig. Da unterstütze ich Sie. Ich hoffe allerdings, auch Ihre CDU unterstützt Sie in dieser Position, Herr Wüst.

(Beifall von der SPD und Sigrid Beer [GRÜNE])

Während in anderen Ländern der Welt nur 5 % der Menschen geimpft werden konnten, stehen allein den Menschen bei uns in Deutschland fünf verschiedene Impfstoffe zur Auswahl und zur Verfügung. Aber es sind noch immer nicht genügend Menschen geimpft. Deshalb noch einmal mein dringender Appell an alle Menschen im Land: Lassen Sie sich beraten, lassen Sie sich impfen, lassen Sie sich vor allem auch boostern – gemeinsam und solidarisch. Das sollte auch der Geist der anstehenden Beratungen sein. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD – Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kutschaty. – Für die CDU spricht ihr Fraktionsvorsitzender Löttgen.

**Bodo Löttgen\*** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist wie so häufig bei dieser Opposition: Man hofft auf das Beste, vermutet das Schlimmste und wird grundsätzlich bei Letzterem bestätigt.

(Sarah Philipp [SPD]: Und dann kommen Sie!)

Ihre Sorgen, sehr geehrter Herr Kutschaty, um den Zusammenhalt in der Koalition sind so offensichtliche Krokodilstränen, die Ihren Bemühungen geschuldet sind, den Wahlkampf selbst in eine solche Debatte hineinzutragen, dass ich sagen muss: Es ist schlicht und einfach unanständig. Der Beginn Ihrer Rede war gut, das Ende war schlimm. Ersparen Sie uns weitere Vorträge dieser Art.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Daher bin ich dankbar für die ebenso nüchterne Analyse wie hoffnungsfrohe Unterrichtung des Ministerpräsidenten Hendrik Wüst.

(André Stinka [SPD]: Ob das Hoffnung war?)

Mit beidem können Sie in der Opposition leider nicht umgehen. Die nüchterne Analyse der Lage ist der SPD zu wenig, der Hoffnungsschimmer auf das Ende der Pandemie, wenn man den Zeitungsberichten Glauben schenkt, den Grünen zu viel. – Sei es drum!

In diesem Hohen Haus sind in den vergangenen zwei Jahren, in denen wir uns mit der Pandemie beschäftigten, Meinungen vorgetragen und Argumente für und gegen Maßnahmen ausgetauscht worden. Ich stelle mir manchmal die Frage: Was ist in diesen zwei Jahren der Pandemie in diesem Landtag noch nicht als Argument für oder gegen eine Maßnahme vorgebracht und ausgetauscht worden?

Mir ist wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir in der Lage sein sollten, ohne Schaum vor dem Mund, ohne Wahlkampfgeplänkel einfach auf der Grundlage von Fakten

(Sarah Philipp [SPD]: Da haben Sie ja nicht so viel Ahnung!)

über die notwendigen und die nicht mehr notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung und Eindämmung der Coronapandemie zu sprechen. Deshalb noch einmal komprimiert einige Fakten:

Seit Donnerstag vergangener Woche sinken die festgestellten Infektionszahlen – übrigens in allen Altersgruppen und bei den Jüngeren besonders stark.

Der R-Wert weist mit 0,91 – das ist der Wert von gestern – in die richtige Richtung, nämlich abwärts.

Die Lage in den Krankenhäusern erweist sich bis auf einige wenige regionale Punkte trotz erhöhter Infektions- und Quarantänefälle als belastbar und beherrschbar.

Die kritische Infrastruktur erweist sich trotz eingeleiteter Quarantänefälle als stabil.

Die Krankenhausgesellschaft, der Marburger Bund und der Weltärztebund sprechen heute Morgen davon, der Scheitelpunkt der Omikron-Welle sei überschritten. Ein Zeichen der Entwarnung? – Nein. Ein Zeichen der Hoffnung auf das vorläufige Ende der Pandemie und den Übergang in eine Endemie? – Ja.

Die für die Ministerpräsidentenkonferenz vorgelegte Entscheidungsgrundlage ist daher ein gutes Fundament, um in drei Stufen den Weg in Richtung Zukunft zu beschreiben. Sie bleibt – Gott sei Dank – einem Grundsatz treu, dem Nordrhein-Westfalen immer gefolgt ist: Grundrechtsbeschränkende Maßnahmen muss man gut begründen. Die Aufhebung dieser Maßnahmen bedarf keiner Begründung.

Diese Landesregierung folgt nach wie vor dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Auch wenn mein Hinweis auf diesen Grundsatz gerade zu Anfang der Debatten häufig belächelt worden ist, beschränkt diese Regel des Grundgesetzes uns als Legislative. Und ich füge hinzu: Sie beschränkt auch die Exekutive in ihrem Handeln, und das ist gut so. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes müssen wissen: Wir halten uns an Recht und Gesetz – in jeder Situation und in jeder Lage.

Daher gilt: Was aufgrund der jeweiligen Infektionslage möglich ist, werden wir zur Erleichterung für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar umsetzen. Deshalb sind Vorsicht, Umsicht und Rücksicht nicht passé, sondern wichtiger als zuvor.

Vorsicht – so lässt sich nachlesen – bezeichnet die Fähigkeit, Gefahren zu erkennen und gefahrenträchtige Situationen durch geeignete Verhaltensweisen zu vermeiden. Genau darin besteht die Herausforderung einer verblassenden Pandemie.

Mein Appell bei sich verringern den Infektionszahlen und dem Eindruck, es wäre schon vorbei, lautet: Immer wenn wir in den kommenden Tagen und Wochen Beschränkungen aufheben, dient dies dem Ziel, den Menschen in unserem Land die Freiheit zurückzugeben, aber es muss unser gemeinsames Ziel sein, diese zu Recht wiedergewonnene Freiheit verantwortlich für sich und andere zu nutzen.

Viele Menschen haben sich dafür eingesetzt und dafür gearbeitet, dass es genau so kommt. Ich will wenigstens einige Sätze einer nicht so häufig genannten Gruppe widmen.

Ich habe vorgestern das Kreisverbindungskommando der Bundeswehr in meiner Heimat besucht: Unterstützung durch die Reservisten und die Bun-

deswehr bei den Impfungen, beim Testen, bei der Kontaktnachverfolgung, bei der Lagebeurteilung, in der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Kurzum: Ein militärisch knappes, aber umso herzlicher ausgesprochenes Dankeschön gilt allen Reservisten und Bundeswehrangehörigen. Ihre andauernde und effektive Unterstützung in den Kommunen hat uns diese Pandemie enorm erleichtert.

(Beifall von der CDU und der FDP und Dr. Martin Vincentz [AfD])

Für eine Impfung wäre man früher um die halbe Welt gelaufen, sagte Wilfried Schmickler gestern Abend in der Rolle „Karl der Große“ bei der Verleihung des Aachener Ordens wider den tierischen Ernst und fügte hinzu: Je größer die Verunsicherung der Menschen, desto einfacher ist es, ihnen die größten Lügen als Wahrheit zu verkaufen.

Als Parlamentarier setzen wir die unterschiedlichen Sichtweisen und Lösungsansätze der jeweiligen Fraktion in einen politischen Diskurs. Gemeinsame Aufgabe über Fraktionen hinweg muss es jedoch sein, der Verunsicherung in dieser Pandemie weiterhin entschieden entgegenzuwirken, um den Lügen und Verschwörungstheorien den Boden zu entziehen und stattdessen Sicherheit zu geben – beispielsweise die Sicherheit, dass die Impfung hilft, die Pandemie zu besiegen; für sich selbst, für die Mitmenschen und für die Gemeinschaft.

Die Entscheidungsvorlage für die kommende Ministerpräsidentenkonferenz gibt diese Sicherheit durch einen konkreten Fahrplan, wann welche grundrechtsbeschränkenden Maßnahmen aufgehoben werden. Zum Gelingen dieses Fahrplans kann jede und jeder durch das Tragen einer Maske und durch die Einhaltung von Abstands- und Hygieneregeln beitragen.

Es ist leider so, dass man in diesem Zusammenhang darauf verweisen muss, dass es eines aktiven Handelns des Bundestags bedarf, damit diese Möglichkeit auch noch nach dem 19. März für die Länder als gesicherte rechtliche Grundlage zur Verfügung steht. Ich hoffe, dass bereits morgen ein klares Signal kommt, dass diese rechtliche Grundlage über den 19. März hinaus bestehen bleibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir bleiben auch in dieser Phase der Pandemie wachsam. Der in der Vorlage enthaltene Auftrag an die Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister, daran zu arbeiten, dass die für die Erfassung der Krankheitslast relevanten Parameter – also die 7-Tage-Inzidenz der Neuinfektionen, die Inzidenz der Hospitalisierungen und die Belegung insbesondere der Intensivstationen – altersabhängig, tagesaktuell und mit guter Qualität erfasst und digital übermittelt werden können, ist Beleg für diese Wachsamkeit. Dieses Monitoring muss uns mit Blick auf den kommenden

Herbst in die Lage versetzen, rasch und auf fundierter Grundlage zu handeln.

Abschließend: Es ist gut, dass das Robert Koch-Institut gerade eben, vor etwa einer Stunde, die große Unsicherheit unter den Genesenen noch vor der Ministerpräsidentenkonferenz durch eine Korrektur seiner Position beseitigt hat. Mehr als 1,8 Millionen Menschen in unserem Bundesland haben jetzt Gewissheit: Mit Impfung gilt der Genesenenstatus sechs Monate, ohne Impfung, für ungeimpfte Genesene, gilt er drei Monate.

Ich hoffe darauf, dass sich die morgige Konferenz des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten auf ein bundeseinheitliches Vorgehen einigt und dass dieses bundeseinheitliche Vorgehen auch nach der Konferenz noch Bestand haben wird.

Für Nordrhein-Westfalen wollen wir das morgen Beschlossene schnellstmöglich und mit der gebotenen Sorgfalt umsetzen. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Fraktionsvorsitzende, Frau Schäffer.

**Verena Schäffer<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in dieser Pandemie immer wieder schmerzhaft erleben müssen, dass das Coronavirus seinen eigenen Regeln folgt.

Das Virus interessiert sich nicht für Machtworte von CDU-Ministerpräsidenten, und es interessiert sich auch nicht dafür, dass die FDP die Pandemie regelmäßig für beendet erklärt.

Das Virus hält sich nicht an Daten, und deshalb ist die Beschlussvorlage für die Ministerpräsidentenkonferenz auch nicht sonderlich klug. Stufenpläne sind im Grundsatz gut – aber doch nach messbaren Kriterien und nicht nach dem Datum, das der FDP in den Wahlkampfkalender passt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Grundregeln des Virus sollten wir inzwischen eigentlich alle beherrschen: Es breitet sich dort aus, wo viele Menschen zusammenkommen, wo keine Maske getragen wird und wo schlecht gelüftet wird, und die Verbreitung des Coronavirus erfolgt exponentiell.

Deshalb war es vor einem Jahr keine gute Idee, in den Beginn der dritten Welle hinein zu öffnen. Deshalb wäre es auch jetzt keine gute Idee, auf Druck der FDP zu schnell zu viele Vorsichtsmaßnahmen zu kippen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Beim Versammlungsgesetz oder auch beim Polizeigesetz hinterfragte weit und breit niemand in der NRW-FDP, ob die Grundrechtseingriffe überhaupt noch verhältnismäßig sind. Wenn Vorsitzender Stamp nun ...

(Marc Lürbke [FDP]: Das ist aber ein Scherz! Das habe ich anders in Erinnerung!)

– Da habe ich offenbar jemanden getroffen, Herr Lürbke.

(Marc Lürbke [FDP]: Nein! Das ist einfach Quatsch! – Glocke)

Wenn Vorsitzender Joachim Stamp nun Schutzmaßnahmen für die gesundheitlich Schwächsten in unserer Gesellschaft als Freiheitsverbote deklariert, dann ist das gefährlicher Populismus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das zeigt, dass sich die FDP von gesellschaftlicher Solidarität entfernt hat. Es ist so offensichtlich, welche Wählergruppen die FDP mit dieser Kampagne ansprechen will. Solch ein Populismus ist ein offenes Spiel mit dem Feuer. Mich macht das wirklich fassungslos, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

(Beifall von den GRÜNEN – Marcel Hafke [FDP]: Jetzt machen eher Sie mich fassungslos! – Ralf Witzel [FDP]: Peinlich!)

Die vielbeschworene Ehe zwischen CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen steckt inzwischen in einer tiefen Krise. Man hat das bei den Reden von Herrn Löttgen und Herrn Wüst gerade wieder gesehen, und man hat gesehen, wer eigentlich wo klatscht. Darüber können auch Ihre Liebesschwüre nicht hinwegtäuschen.

Verlässlich scheint weder die Beziehung zwischen CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen noch die Beziehung innerhalb der CDU-Familie. Inzwischen interessiert es weder die FDP noch die anderen CDU-Ministerpräsidenten, was die MPK unter dem Vorsitz von Hendrik Wüst als gemeinsame Maßnahmen beschlossen hat. Herr Löttgen, es war bezeichnend, dass Sie gerade noch mal dazu aufgefordert haben, dass die MPK-Maßnahmen und -Beschlüsse dann auch tatsächlich einheitlich umgesetzt werden.

Die Weigerung von Markus Söder zur Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht ist aus meiner Sicht ein weiterer Tiefpunkt einer wahltaktisch geführten Diskussion. Die Entscheidung zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht wurde mit den Stimmen der CDU-Bundestagfraktion beschlossen und auch einstimmig im Bundesrat getroffen.

Aber viel schlimmer ist ja noch, wenn ein Ministerpräsident ernsthaft meint und dies auch angekündigt, sich über geltendes Recht hinwegsetzen zu können.

Er stellt damit rechtsstaatliche Grundprinzipien und auch das föderale System infrage.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Herr Wüst, da erwarte ich von Ihnen schon, dass Sie in Ihrer Funktion als Vorsitzender der MPK klare Worte finden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Bislang sind Sie dieser Führungsfunktion nicht gerecht geworden und konnten die MPK eben nicht beisammenhalten. Das zeigen insbesondere das problematische Rechtsstaatsverständnis und das Gebaren von Markus Söder, dem Sie als MPK-Vorsitzender nichts entgegengesetzt haben.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Sorgen Sie also dafür, dass sich die CDU-Ministerpräsidenten an Recht und Gesetz halten. Sorgen Sie für Klarheit in der CDU zur Impfpflicht. Wir brauchen dringend eine Erhöhung der Impfquote, um gut durch den nächsten Herbst und Winter zu kommen. Wenn die Impfpflicht nicht kommt, werden wir im Herbst – das ist absehbar, liebe Kolleginnen und Kollegen – der Lage wieder hinterherlaufen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Wüst, ich lese meinen Kindern gerne abends noch etwas vor, und ich muss sagen: Sie erinnern mich an den Scheinriesen von Michael Ende. Herr Wüst, Sie sind so ein politischer Scheinriese.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

In Berlin wirken Sie immer riesengroß bei den Pressekonzferenzen nach der Ministerpräsidentenkonferenz, aber hier, in Düsseldorf, werden Sie mit jedem Tag im Amt als Ministerpräsident kleiner und kleiner.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der Wunsch nach Lockerungen, nach mehr Normalität ist ja absolut nachvollziehbar. Für Lockerungen wäre auch aus meiner Sicht ein konkreter Stufenplan mit verlässlichen Kriterien genau der richtige Weg – und eben nicht der Terminkalender der FDP.

Die Inzidenzwerte, die wir uns aktuell tagtäglich anschauen, sind schon lange nicht mehr aussagekräftig. Deshalb ist hier auch Vorsicht geboten. Wir brauchen die tagesaktuellen Daten der Hospitalisierungsrates, der Intensivneuaufnahmen und der Intensivbelegung. Das sagt auch der Expertenrat in seiner Stellungnahme sehr deutlich.

Herr Ministerpräsident Wüst, es ist Ihre Verantwortung, für Orientierung, eine klare Kommunikation und Verlässlichkeit im politischen Handeln zu sorgen, damit es eben nicht das Hin und Her gibt, das Sie vorhin selbst angesprochen haben. Die Politik ist in der Verantwortung, eine verlässliche Perspektive auf der

Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen zu schaffen, anstatt sich einmal mehr in Kraftmeierei und Ankündigungsrhetorik selbst zu überbieten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Eine auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Politik würde auch bedeuten, endlich die FFP2-Maskenpflicht in Innenräumen einzuführen.

(Helmut Seifen [AfD]: Das kann doch nicht wahr sein!)

Dann kann man aus meiner Sicht auch auf die 2G-Regel im Einzelhandel verzichten. Aber auch hier herrscht mal wieder das größtmögliche Chaos in Nordrhein-Westfalen: keine FFP2-Maskenpflicht, dafür aber stichprobenartige 2G-Kontrollen im Einzelhandel. Das ist derart unlogisch und auch infektionstechnisch unwirksam, dass Sie damit das Vertrauen der Menschen in den Staat und in die Pandemiebekämpfung verspielen, das wir aber so dringend brauchen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die FDP will gleich alle Maßnahmen abschaffen und auch § 28a des IfSG ab dem 20. März nicht mehr weiterführen.

(Zurufe von der AfD)

Sie verkünden den Tag der Freiheit, während in Kitas und in Schulen immer noch das Virus tobt.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Tobt! – Helmut Seifen [AfD]: Lächerlich! – Weitere Zurufe – Glocke)

Es gibt kaum eine Familie – ich zumindest kenne in meinem Umfeld keine Familie –, in der es nicht schon positive Fälle, Quarantäne oder zumindest einen positiven PCR-Pool in der Kita oder in der Klasse gegeben hätte.

(Zurufe von der FDP)

Nachdem Frau Gebauer vorletzte Woche das Testregime in einer Nacht-und-Nebel-Aktion geändert hat, ist die Teststrategie der Landesregierung in den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen ebenfalls nur noch ein einziges Chaos.

Wir haben es so oft angemahnt und alle gemeinsam so oft beteuert, wie wichtig es ist, Kinder und Jugendliche endlich wieder in den Fokus zu nehmen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Unsägliche Rede!)

Wenn wir über Lockerungen sprechen ...

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Ja, Herr Hafke, ich hoffe, wir sind einer Meinung, dass wir Kinder und Jugendliche in den Fokus nehmen müssen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Ja, aber keine Panikmache! Sie machen nur Panik!)

– Herr Brockes, vielleicht hören Sie erst mal zu.

(Zurufe von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Vielleicht spricht gleich ja auch Herr Brockes!)

– Es scheint, die FDP ist sehr getroffen. Man merkt es. Vielleicht führen Sie mal ein paar interne Klärungen herbei. Dann sprechen Sie vielleicht auch noch einmal über Ihre unsägliche FDP-Wahlkampagne, aber vielleicht nicht jetzt.

(Ralf Witzel [FDP]: Dummes Zeug! – Zurufe von der FDP – Unruhe – Glocke)

Ich bin sehr auf die Rede von Herrn Rasche gleich gespannt. Ich freue mich. Sie werden gleich noch das Wort haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie verbreiten doch Populismus und Angst! – Fortgesetzt Zurufe von der FDP)

Aber ich hoffe, dass wir dabei bleiben, dass ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Schäffer, einen kleinen Moment.

**Verena Schäffer\*** (GRÜNE): ... wir einen politischen Konsens darüber haben,

(Ralf Witzel [FDP]: So ein Blödsinn!)

dass es in dieser Pandemie natürlich immer auch um die Kinder und Jugendlichen geht.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wenn wir darüber sprechen, welche Lockerungen möglich sind, müssen wir auch darüber sprechen, was das ganz konkret für Kinder und Jugendliche heißt.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich sagen Ihnen sehr ruhig und auch durchaus nachdenklich: Ich persönlich finde es schwierig, wenn Erwachsene in Clubs und Diskos feiern – womöglich ohne Maske; ich weiß nicht, was genau geplant ist –,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP]: Sie wissen eben gar nichts! Das ist Ihr Problem)

wir gleichzeitig aber überdurchschnittlich hohe Inzidenzen in den Kitas und Schulen haben und das Infektionsgeschehen immer wieder zu Quarantänen und Schließungen führt.

Das ist erst mal Fakt. Ich finde, das muss man wenigstens anerkennen, in Betracht ziehen und abwägen. Herr Hafke, dass Sie als kinder- und jugendpolitischer Sprecher dabei den Kopf schütteln,

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

finde ich mehr als irritierend, um das auch einmal so klar zu sagen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Marcel Hafke [FDP]: Unsäglich!)

Impfen ist der Weg aus der Pandemie. Eine hohe Impfquote ist der entscheidende Faktor, wenn es um den Schutz vulnerabler Gruppen und auch um den Schutz der kritischen Infrastruktur geht. Aber die Impfkampagne Nordrhein-Westfalen wird immer mehr zum Rohrkrepierer und kann offenbar auch nicht mehr aufbieten als einen singenden Familienminister.

(Zurufe von der FDP – Unruhe – Glocke)

Die Anzahl der Erst- und Zweitimpfungen stagniert seit Wochen nahezu. Auch hier reicht der Verweis auf den Bund einfach nicht aus. Für das Impfen sind die Länder zuständig.

Absolut notwendig wären Aufklärungskampagnen, die ohne erhobenen Zeigefinger über die Vorteile der Impfung informieren, genauso wie bessere Daten für die Kommunen, in welchen Stadtteilen die Impfquote niedrig ist und wo aufsuchende Impfangebote helfen würden. Das wäre total hilfreich. Aber nichts davon liefert die Landesregierung.

Sie hoffen mal wieder auf den nächsten Sommer und wiederholen immer und immer wieder alte Fehler. Das ist einfach falsch. Ich glaube, die Menschen erwarten zu Recht von uns, dass wir nicht nur darauf gucken was bis zum 19. März passiert.

Ich habe vorhin das IfSG angesprochen, das dann ausläuft. Ich bin gespannt, was in Berlin verhandelt wird. Dass es komplett ausläuft, wäre aus meiner Sicht verantwortungslos. Wir brauchen weiterhin Maßnahmen wie zum Beispiel Abstandsgebote und die Maskenpflicht. Das muss aus meiner Sicht kommen und in Berlin auch weitergeführt werden.

(Beifall von den GRÜNEN und Dr. Ralf Nolten [CDU])

Die Menschen erwarten aber eben auch, dass wir eine vorsorgende Politik betreiben und nicht nur schauen, was bis zum 20. März, sondern auch danach, mit Blick auf den nächsten Herbst und Winter passiert. Genau diese vorausschauende Politik brauchen wir jetzt. Das erwarten die Menschen zu Recht von der Politik. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ausreichend parlamentarische Instrumente, die Ihnen allen zur Verfügung stehen, um

kontroverse Debatten zu führen – gerne auch sehr heftig, sehr emotional und sehr lautstark. Aber sich so laut quer durch den Raum zu unterhalten oder so laut zu rufen, dass wir hier die Rednerin kaum noch verstehen können, geht, meine ich, einen kleinen Schritt zu weit. – Herr Kollege Rasche ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

**Christof Rasche<sup>1)</sup>** (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! – Frau Präsidentin, ich werde mich bemühen, nicht so viele Emotionen zu schüren, um entsprechende Reaktionen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Wir haben interessante Reden der Kollegen Schäffer und Kutschaty gehört. Beide haben in dieser Coronadebatte mehrfach den Begriff „Wahlkampf“ erwähnt. Das macht deutlich, worum es ihnen ging. Der SPD und den Grünen ging es um nichts anderes als den Wahlkampf.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Frank Müller [SPD])

Dabei wird diese Debatte teilweise im Fernsehen übertragen, und die Menschen in Nordrhein-Westfalen setzen wieder Hoffnung in diese Debatte. Sie setzen Hoffnung in die Schritte, die die Fraktionen in diesem Hohen Haus vorschlagen, und wollen wissen, wie eine gestaffelte Öffnung – auch Kutschaty hat eine gestaffelte Öffnung vorgeschlagen – aussieht.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Deswegen debattieren wir hier doch; weil die Menschen wissen wollen: Wofür steht die SPD, verdammt noch mal? Wofür, verdammt noch mal, stehen die Grünen beim Thema „gestaffelte Öffnung“?

(Heike Gebhard [SPD]: Das ist doch eine Unterrichtung!)

Jetzt ist die Enttäuschung der Menschen wieder total groß. Denn es kam im Detail nicht ein einziger Vorschlag für die gestaffelte Öffnung – weder von der SPD noch von den Grünen. Nicht einer.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Das geht an den Interessen der Menschen in Nordrhein-Westfalen vorbei. Glauben Sie es mir. Ich würde mir ein bisschen mehr Mut wünschen – Mut, zu sagen: Das ist unsere Position.

Vielleicht klappt das bis Donnerstag nicht, weil die MPK morgen etwas anderes beschließt. Aber man muss hier doch wenigstens eine Position vertreten.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von Josefine Paul [GRÜNE] und Rainer Schmeltzer [SPD])

Kollegin Verena Schäffer hat in zwei Passagen den Vogel abgeschossen. Sie beklagt, dass einige

Ministerpräsidenten – strategisch nimmt sie nur die CDU-Ministerpräsidenten ins Visier – den Beschlüssen der MPK nicht folgten. Wir wissen ganz genau, dass es auch in den A-Ländern, also auch bei den SPD-geführten Bundesländern mit SPD-Ministerpräsidenten, geradezu eine Strategie gibt, um den Kollegen, der die MPK anführt, nämlich Hendrik Wüst als Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, bloßzustellen.

(Sarah Philipp [SPD]: Das schaffen Sie schon alleine! Dafür brauchen Sie uns doch gar nicht! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das macht er doch selber!)

Was die SPD-Länder vorhaben, diese Strategie, sieht doch jeder Blinde, lieber Herr Kutschaty.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Schäffer versucht, den Menschen in Nordrhein-Westfalen zu suggerieren, andere Ministerpräsidenten – die der CDU – folgten den MPK-Beschlüssen nicht, und die Grünen täten es wie selbstverständlich.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Was ist denn mit dem Kollegen Kretschmann in Baden-Württemberg? Reicht Ihr Blick nicht in den Südwesten von Deutschland? Sehen Sie nicht, was die dort machen? 2G im Handel wird selbstverständlich abgelöst. Das wurde angekündigt. Obwohl andere Vereinbarungen galten, durften plötzlich 6.000 Zuschauer in die Fußballstadien. Bayern war noch ein bisschen stärker, aber dann kam schon Baden-Württemberg mit 6.000. Sie haben sich an so gut wie nichts von dem gehalten, was die MPK beschlossen hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das Gegenteil zu suggerieren, hat nichts mit Wahrheit oder mit Politik und Wahrhaftigkeit zu tun, Frau Schäffer – gar nichts.

(Beifall von der FDP und der CDU – Dietmar Brockes [FDP]: So ist es!)

Wir müssen mit Corona leben. Das habe ich in so gut wie jeder Rede hier gesagt. Das müssen wir organisieren. Das ist schwer genug.

Dann – das war der zweite Fauxpas – sagt Frau Schäffer hier am Redepult: Die FDP hat die Pandemie regelmäßig für beendet erklärt. – Warum sage ich denn hier jedes Mal: „Wir müssen mit Corona leben; wir müssen das organisieren“? Ich und die Kollegen der Fraktion haben noch nicht ein einziges Mal die Pandemie für beendet erklärt. Nicht ein einziges Mal! Da haben Sie vielleicht eine andere Partei im Auge, aber doch nicht uns. Die AfD und die FDP sollten Sie niemals verwechseln, Frau Schäffer.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von der AfD: Das stimmt!)

Wir müssen also mit Corona leben. Die Omikron-Variante erhöht die Chancen dafür.

Das Ziel der FDP war immer ein Dreiklang: das Gesundheitssystem nicht überfordern, Arbeitsplätze sichern, gesellschaftliches Leben und Freiheit schützen.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben viel Rücksicht genommen – zumindest in sehr große Zahl. Viele Einschränkungen wurden akzeptiert. Gott sei Dank haben sich verdammt viele Menschen in Nordrhein-Westfalen impfen lassen. Immer wieder keimte Hoffnung auf, aber immer wieder wurde zumindest von einigen Persönlichkeiten Angst geschürt.

Mitte Dezember wurde gesagt: Zu Weihnachten, spätestens zu Neujahr, würde im Gesundheitssystem definitiv eine Überlastung entstehen. Deswegen waren Maßnahmen notwendig. Mitte Januar wurde gesagt, dass die Intensivstationen Anfang oder Mitte Februar vor einer Mehrbelastung von mehreren Tausend belegten Betten stehen würden. – Beides war nicht der Fall. Beides ist nicht so eingetreten.

Oberbürgermeister – oder Bürgermeister; ich weiß es gar nicht – Boris Palmer in Tübingen sprach diesbezüglich von einem Panikorchester. Das war live im TV zu sehen. Bei all dieser Panik waren die Grünen und früher auch Karl Lauterbach ganz vorne dabei. Dabei wurden in vielen Bereichen Nöte ignoriert und Existenzen bedroht, ebenso Strukturen im ehrenamtlichen Bereich.

Die Hilferufe wurden und werden immer lauter. Der Handelsverband Deutschland nennt genaue Zahlen zur Problematik. Die Dehoga beschreibt die Situation in der Gastronomie. Kultur, Kunst, Sport, Messen, Veranstalter, Schausteller und #AlarmstufeRot melden sich pausenlos zu Wort und bitten um angemessene Öffnungen.

Die FDP versucht, mit Argumenten zu überzeugen – angefangen am 7. Januar mit einem Artikel im Westfälischen Anzeiger, der nur ein Ziel hatte: angemessene Öffnungen in einer gestaffelten Form.

Insbesondere die Grünen sehen das anders. Das haben wir oft gehört, insbesondere hier in der Debatte vor drei Wochen, als Verena Schäffer der FDP Realitätsverweigerung vorwarf. Zumindest tat sie dies am 20. Januar in den sozialen Netzwerken. In der Debatte selbst sagte Frau Josefine Paul am 26.01.: „[...] die Sicht der FDP auf die aktuelle Lage geht an der Wirklichkeit vorbei.“ Wir wären schlicht und ergreifend unverantwortlich unterwegs.

Dabei haben viele europäische Staaten viele Einschränkungen zurückgenommen: Niederlande, Frankreich, Österreich, Dänemark, Schweden, Norwegen, England. – Die Grünen standen in Deutschland hingegen immer wieder auf der Bremse.

Aber auch einige Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung haben Öffnungen angekündigt und eingeführt: Bremen, Hessen, Baden-Württemberg.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

In Regierungsverantwortung ist das anscheinend für die Grünen selbstverständlich.

Auch die grüne Finanzministerin, Monika Heinold, in Schleswig-Holstein sprach gerade von der „Verantwortung, Schritte in Richtung Normalität zu gehen“. Die Grünen in Nordrhein-Westfalen bleiben jedoch bei ihrer einseitigen, wenn nicht sogar extremen Linie.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Grünen blenden auch in der Coronapolitik viele andere Interessen und Nöte aus; Interessen von Sport, Kultur, Ehrenamt, Jugend, Wirtschaft, Handel und Gastronomie.

Verena Schäffer sagte – gestern war es online zu lesen, heute im Kölner Stadt-Anzeiger –:

Die Zeit für weitreichende Lockerungen ist noch nicht gekommen.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Die Grünen sprechen sich also auch am heutigen Tag gegen weitreichende Lockerungen oder gegen Lockerungen an sich aus, denn es kam ja kein Vorschlag – abgesehen von dem Begriff „2G im Handel“.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Nein, das stimmt doch überhaupt nicht!)

Erneut wirft sie der FDP grundsätzlich Unvernunft und Verantwortungslosigkeit vor.

Ich spiele diesen Ball, um im Bild der Fußballsprache zu bleiben, gerne zurück. Ich halte Ihre Position, die Position der Grünen, gegenüber der Gesellschaft, gegenüber der Freiheit, gegenüber den Arbeitsplätzen, gegenüber dem Handel, gegenüber der Gastronomie für absolut unverantwortlich.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir müssen wegkommen von dieser einseitigen Politik, nur den Gesundheitsschutz zu sehen, zu überreiben und zu überziehen und alles andere, was sonst in Nordrhein-Westfalen passiert, überhaupt nicht zu beachten. Das ist verantwortungslos, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ferner sagen Sie, wir würden den Koalitionspartner oder den Ministerpräsidenten unter Druck setzen. Diese Koalition hat seit viereinhalb Jahren eine grundlegende Auffassung: Unterschiedliche Meinungen ergänzen sich perfekt und führen zum besten Ergebnis. – Das ist die Stärke dieser Koalition und kein Widerspruch.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich kann aber die Worte von Frau Schäffer nachvollziehen; denn damit, den Regierungspartner unter Druck zu setzen und zu blockieren, kennen sich die Grünen aus. Wir alle erinnern uns gut an die Reden und Worte der Kollegen Duin und Groschek in ihren damaligen Ministerfunktionen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Eines ist in der heutigen Debatte den vielen Zuschauerinnen und Zuschauern, die uns hoffentlich verfolgen, deutlich geworden: Es gibt einen Unterschied zwischen Grünen und FDP, und den sieht jeder, sogar jeder Blinde.

(Beifall von der FDP – Ralf Witzel [FDP]: Ganz viele sogar!)

Die politische Coronastrategie der Angst ist vorbei. Ich wiederhole es: Die politische Coronastrategie der Angst ist vorbei. Dem Gesundheitssystem droht keine Überlastung. Die Belastung der Intensivstationen hat sich halbiert. Die Krankheitsverläufe sind – Gott sei Dank – überraschend milde.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Und Nordrhein-Westfalen, lieber Karl-Josef Laumann, hat eine sehr gute Impfquote. Wir können stolz auf die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen sein, die sich dermaßen impfen lassen haben – mehr als die Bürgerinnen und Bürger in jedem anderen Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir wollen in drei Schritten für Lockerungen sorgen: am 17.02., am 04.03., am 20.03.

Am 20.02. fällt 2G im Handel. Kontaktbeschränkungen im privaten Bereich werden deutlich zurückgenommen. Wir richten uns dabei nach den Indikatoren „Belegung der Intensivstationen“, „Hospitalisierung“, „R-Wert“, und „Inzidenz“.

Am 04.03. soll der nächste Schritt folgen: ein Befreiungsschlag für Kunst, Kultur, Sport und Veranstaltungen. Es geht um eine Auslastung im Innenbereich zwischen 40 und 50 %, und es geht um eine Auslastung im Außenbereich zwischen 50 und 75 %. In der Gastronomie soll es zu 3G kommen. Damit wird 2G plus gestrichen. Für die Publikumsmessen streben wir Öffnungsmöglichkeiten an. Wir brauchen praktikable Hygienevorschriften an Universitäten und Fachhochschulen, damit dort wieder in Präsenz gelehrt werden kann.

Am 20.03. – so lesen wir es alle – sind entscheidende, ganz weit tragende Öffnungsschritte geplant. Über die werden wir sicherlich noch mehrfach reden.

Wir werden sehen, welche Vorschläge die MPK morgen machen wird und welche Dynamik sich entwickelt. Wir werden das Leben hier in Nordrhein-Westfalen mit Corona organisieren. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können sich auf die NRW-Koalition, auf CDU und auf FDP, verlassen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Wagner.

**Markus Wagner\*** (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zwei Jahre lang hat die etablierte Politik immer wieder versucht, die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen. Sie haben das Land gespalten und die Menschen gegeneinander aufgebracht. Pass- und Gesundheitsdaten wurden vor Boutiquen und Restaurants vorgezeigt. Zu Weihnachten sollte sich die Familie gegenseitig kontrollieren. Ob FDP, Grüne oder CDU: immer neue Horrorprognosen im Anschlag, unfassbare Kollateralschäden – psychisch und finanziell – und nicht zuletzt der Vertrauensschaden in Politik und Staat.

Und nun fällt es Ihnen sichtbar schwer, sich davon zu verabschieden: in Trippelschritten zur Freiheit, aber gleich wieder verbunden mit weiterer Maskenpflicht, Angstmache vor dem nächsten Herbst und neuen Ideen für Grundrechtseinschränkungen beispielsweise bei Klima und Co. – „Bummel-Plan“ nennt das die BILD, und zwar zu Recht.

Und dabei ist völlig klar, meine Damen und Herren: Es reicht endgültig. Die Zahlen sind eindeutig. Sie können sie nicht mehr leugnen.

(Beifall von der AfD)

Der Virologe und Epidemiologe Klaus Stöhr stellt fest:

„Umfangreiche Lockerungen sind längst überfällig. Eine Aufhebung aller G-Regeln in Einzelhandel und in Gastronomie ist zwingend notwendig, da beides nie Hotspots waren.“

Und weiter:

„Da den Krankenhäusern offensichtlich keine Überlastung droht, muss ein weiteres Herausögern von Lockerungen genau begründet werden mit Zahlen und Fakten“.

So Prof. Stöhr. Und diese Begründungen, die Zahlen und Fakten haben Sie nicht.

Omikron – so sagt es zum Beispiel Prof. Bamberg – ist praktisch eine mittlere oder leichte Grippe.

Eine mittlere oder leichte Grippe ist kein Grund, auch nur einen Tag länger den Menschen ihre Grund-

rechte zu verwehren, ihnen ihr Leben unnötig zu vermissen, Kindern ihre Kindheit, ihre Freunde und ihren Anspruch auf Bildung zu nehmen. Meine Damen und Herren, eine weitere Einschränkung unserer Grundrechte ist nicht länger zu rechtfertigen und mit uns als AfD auch nicht zu machen.

(Beifall von der AfD)

Aber Sie versuchen, noch mit den absurdesten Argumenten den Tag der Freiheit doch noch hinauszuzögern, versuchen ihn nur halb oder drei Viertel in Kraft treten zu lassen. Das sagt mehr über Sie aus als über die tatsächliche Lage.

Erst war es die angebliche Überlastung der Krankenhäuser, die nach ihrer eigenen Aussage nie bestanden hat, aber uns als Schreckensszenario an die Wand gemalt wurde. Ja, stattdessen wurden tausende Betten abgebaut. Alleine das ist schon einen Untersuchungsausschuss wert, den Sie wohlweislich abgelehnt haben. Dabei müssen wir doch Lehren ziehen: Was war gut, was war schlecht? Und wir müssen endlich zu vernünftigen Datenerhebungen kommen, nicht nur, weil wir damit sachgerechter agieren könnten, sondern auch, weil Teile der Politik mit diesen – man muss tatsächlich Absicht unterstellen – manipulierten Zahlen die Bevölkerung in die Befolgung von zum Teil völlig absurden Maßnahmen getrieben haben.

(Beifall von der AfD)

Dann, als die Krankbetten nicht überliefen, war es zwischendurch die angebliche Gefahr für die kritische Infrastruktur. Auch dieses Horrorszenario ist nicht eingetreten. Jetzt kommen Sie mir bloß nicht damit, das läge an Ihren Maßnahmen.

(Heiterkeit bei Dr. Christian Blex [AfD])

Auch in Ländern, die dem deutschen Irrsinn nicht gefolgt sind, gab es keine Bedrohung für die kritische Infrastruktur. Lockdowns, so zum Beispiel die Metaanalyse der Johns-Hopkins-Universität mit 24 Einzelstudien hatten – Zitat – wenig bis gar keinen Effekt auf die öffentliche Gesundheit, verursachten aber enorme ökonomische und gesellschaftliche Kosten. – Zitat Ende.

Und überhaupt, Sie geben sich doch sonst gerne europäisch, so international, so weltoffen. Aber zu keiner Zeit waren liberalere Länder für Sie ein Vorbild, ja nicht einmal abgeglichen haben Sie, ob es nicht eine Alternative zu Angst, Hysterie und Panikmache gegeben hätte.

(Heiterkeit von Dr. Christian Blex [AfD] und Helmut Seifen [AfD])

Sie waren ganz provinziell auf dem deutschen Sonderweg, und auf den letzten Metern ganz vorneweg Hendrik Wüst und CDU und FDP hier in NRW. Auf Mallorca gibt es nicht einmal mehr 3G. Finnland, Spanien, Dänemark, Irland, Norwegen, England,

Schweden, jetzt auch die Niederlande – sie alle öffnen.

Ist das Virus in englischen Pubs eigentlich ein anderes als in deutschen Bars und Kneipen? 100.000 beim Super Bowl, und hier schaut man verängstigt, ob an der frischen Luft, wo man sich ohnehin kaum ansteckt, die Menschen Fußball sehen dürfen. Und die sehr wenigen Länder, die sich ernsthaft mit einer Impfpflicht beschäftigt haben, werden noch weniger.

Hendrik Wüst, Christian Lindner und Karl Lauterbach, gegen den Rest der Welt wollen sie eine Impfpflicht gegen ein Virus, welches sie noch gar nicht kennen, mit einem Impfstoff, dessen Wirksamkeit sie noch nicht kennen. Keine Ahnung haben, aber die Menschen mit autoritären Maßnahmen belegen! Deutsche Sonderwege in der Energie-, in der Migrations- und in der Coronapolitik, Sonderwege in die Sackgasse, meine Damen und Herren, Sonderwege auf Kosten der Bürger, der Freiheit und unseres Wohlstands.

(Beifall von der AfD)

Tschechiens neue Regierung macht ihre Entscheidung für eine Impfpflicht für Ältere und bestimmte Berufsgruppen wieder rückgängig. Es werde unter seiner Regierung keine Impfpflicht geben, wir wollen die Gräben in der Gesellschaft nicht vertiefen, sagt der dortige Ministerpräsident. Und das einzige Land, welches angefangen hatte, eine Impfpflicht einzuführen, Österreich, rudert nun beträchtlich zurück, und zwar noch mehr als der Oberwendehals Söder bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht hierzulande.

Als Betreiber von Wohnheimen für psychisch erkrankte Menschen kann ich Ihnen nur sagen: Alleine die einrichtungsbezogene Impfpflicht ist ein solcher Murks und derart undurchdacht. Wenn Sie das wirklich noch umsetzen wollen, stehen in vielen Einrichtungen viele Bedürftige ohne Pflege dar. Aber die praktischen Auswirkungen, die Logik und Sachgerechtigkeit mit einem 360-Grad-Blick zu durchdringen – das haben Sie schon in den letzten zwei Jahren bewiesen –, das ist nicht Ihr Ding.

Und wo bleibt eigentlich Ihre Entschuldigung bei unseren Eltern und Kindern für Ihre verdammte Panikmache, die Kinder zu Dauermaskenträgern und Testprobanden gemacht hat? Auf Bild-Anfrage teilt die Deutsche Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie mit: In der gesamten Coronapandemie, in zwei Jahren, starben zehn Kinder an Corona. – Zum Vergleich: 2018 starben 16 Kinder an Grippe, 2019 waren es 12 Kinder, in zwei Jahren 38 an Grippe gegenüber 10 an Corona. Und Zitat:

Da durch Isolations- und Lockdownmaßnahmen im Winter 2020/2021 quasi keine Immunität gegen RSV, also das Respiratorische Synzytial-Virus – ein bisschen schwierig für einen Nichtmediziner –, bei den Kitakindern aufgebaut wurde, erkrankten auch

ungewöhnlich viele Kinder außerhalb des Jugend- und Kindesalters an RSV.

„Und Dr. [...] Fischbach, Chef des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte, kritisiert: ‚Ich bin seit 27 Jahren niedergelassener Arzt und habe viele Grippe-Wellen erlebt. Da erkrankten primär Kinder, manche schwer‘. Dafür habe sich niemand so interessiert wie für Corona.“

Was für ein vernichtendes Urteil!

(Beifall von der AfD)

Und immer mit dabei die FDP: Nachdem die FDP zwei Jahre lang hier zu jedem Lockdown, zu Ausgangssperren und einem Verbot nach dem anderen nur eine Antwort kennt, nämlich: „Ja, gerne“, will sie nun im Wahlkampf eine Vorstellung als Freiheitspartei geben.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Sagen Sie mal: Für wie dumm halten Sie die Menschen eigentlich?

(Beifall von der AfD)

Bei der Impfpflicht fielen Sie gleich nach der Wahl um, beim Schuldenmachen am ersten Tag mit Lindner als Finanzminister.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Und illegale Einwanderung noch zu belohnen, das macht Minister Stamp ja gleich selbst. Ich frage Sie ganz ehrlich: Auf was setzen Sie dabei eigentlich? Auf die Schützenhilfe von zwangsfinanzierten Medien? Auf die Vergesslichkeit der Bürger? Auf ein paar schöne Bilder bei Instagram? Ich weiß es nicht. Was ich aber weiß: Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Sie hingegen lassen alles durchgehen. Die Bundesinnenministerin schreibt für ein linksextrêmes Antifa-Blatt, für die FDP total in Ordnung. Morgens um 11 Uhr für den mega-totalen Osterlockdown stimmen, mittags um zwölf, weil Merkel es so wollte, dagegen sein, Menschen in Düsseldorf qua Verweilverbot von der Parkbank jagen: Das ist das neue Freiheitsverständnis der FDP.

Nur einer einzigen der von uns beantragten vernünftigen Lockerungen zuzustimmen – Fehlanzeige! Und ich prognostiziere: Sie werden auch im nächsten Herbst wieder dabei sein, sollten Scholz und Lauterbach das wollen, und ebenso bei dem, was der neue und vor allem alte Bundespräsident am Wochenende nur wenig verklausuliert angekündigt hat. In seiner verräterischen Rede framet er, was das Zeug hält.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Boah! – Zuruf von Frank Boss [CDU])

Regierungskritik, die für den ehemaligen Verfassungsschutz nun Delegitimierung des Staates heißt, ist für Steinmeier Gegnerschaft zur Demokratie. Ich zitiere:

„Ich fürchte: Die Gegner der Demokratie, die werden nach der Pandemie nicht leiser werden. Sie werden sich neue Themen suchen [...] ich fürchte, sie tun es [...] mit dem großen Thema unserer Zeit: dem Kampf gegen den Klimawandel. [...] Sie ist nicht weniger als die Überlebensfrage der Menschheit.“

Da haben wir sie, die neue Weltuntergangserklärung samt Weltrettungsplan, die neuen Ankündigungen für Ausgrenzung, Spaltung und Grundrechtsentzug. Das ist Ihr Bundespräsident, und das ist Ihr mittlerweile völlig entwerteter Freiheitsbegriff.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, stellvertretend für all die Menschen, die die Inflation ob der antiökonomischen Euro-Dauerrettungspolitik nicht bezahlen wollen, lassen wir uns von Ihnen, den Verursachern, als Europafeinde bezeichnen, obwohl genau diese, Ihre Politik europafeindlich ist.

Stellvertretend für die Menschen, die Ihre verfehlte Migrationspolitik ausbaden müssen, lassen wir uns von Ihnen, den Verursachern, als Nazis und Rassisten beschimpfen, weil einer die Wahrheit sagen muss.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ihre Wahrheit!)

Stellvertretend für die Bürger, die Ihre Energiepolitik für Murks und für zu teuer halten, lassen wir uns von Ihnen, den Verursachern, als Klimaleugner bezeichnen.

Stellvertretend für all die, die Ihre zum Teil absurden Maßnahmen gegen Corona

(Zuruf von Stephan Haupt [FDP])

widerwillig und ohne echte Überzeugung mitgemacht haben, lassen wir uns als angebliche Coronaleugner titulieren.

Was für ein Unsinn, meine Damen und Herren!

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Markus Wagner**<sup>\*)</sup> (AfD): Damit komme ich zum Schluss. – Wir repräsentieren diese Bürger und ihren gesunden Menschenverstand.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir nehmen sie nicht wie die FDP im Wahlkampf auf den Arm.

(Sarah Philipp [SPD]: Redezeit!)

Wir geben ihnen eine Stimme, und das machen wir gerne.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Markus Wagner**<sup>\*)</sup> (AfD): Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Danke, Herr Abgeordneter Wagner. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

(Christian Dahm [SPD]: Nicht singen jetzt!)

**Dr. Joachim Stamp,** Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte ursprünglich das Wort gar nicht ergreifen,

(Helmut Seifen [AfD]: Wäre besser gewesen!)

weil der Ministerpräsident die wesentlichen Linien vorgegeben hat, die im Übrigen auch Christof Rasche für die Freien Demokraten ausgezeichnet ergänzt hat, aber, Frau Abgeordnete Schäffer, Sie haben mich persönlich angesprochen, und ich will Ihnen hier auch antworten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ist er jetzt Parteivorsitzender?)

Ich sage Ihnen das ganz offen: Ich habe Sie – bei allen politischen Unterschieden in der Sache – in der Vergangenheit dafür geschätzt, dass Sie eigentlich immer sehr klar für Bürgerrechte eingetreten, dass Sie in der Regel immer gut vorbereitet gewesen und dass Sie in der Regel auch immer fair mit dem politischen Wettbewerber umgegangen sind.

(Christian Dahm [SPD]: Ist das eine Zeugnisvergabe, oder was?)

Offenbar aber hat der bevorstehende Wahlkampf bei Ihnen zu einer Veränderung in der Persönlichkeit geführt.

Meine Damen und Herren, Maßnahmen, die notwendig waren, ...

(Sarah Philipp [SPD]: Wir sind doch bei einer Unterrichtung, oder?)

Sie haben mich persönlich angesprochen, und deswegen bekommen Sie auch von mir eine persönliche Antwort.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Reden Sie jetzt als Minister oder als Abgeordneter? – Christof Rasche [FDP]: Angst vor der Antwort? – Zurufe von allen Fraktionen – Unruhe)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Liebe Kolleginnen und Kollegen ...

**Dr. Joachim Stamp,** Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister Stamp ist ...

**Dr. Joachim Stamp,** Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin, der Abgeordnete Zimkeit legt nicht fest, was ich hier zu sagen habe.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Das stimmt. Ich versuche gerade für Sie, Ruhe im Plenarsaal zu erzeugen und deutlich zu machen, dass Sie jetzt das Wort haben und dass die Instrumente, die den Abgeordneten zur Verfügung stehen, auch von den Abgeordneten genutzt werden können.

Sie haben für die Landesregierung das Wort.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Für die Landesregierung!)

**Dr. Joachim Stamp,** Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine Damen und Herren, die Maßnahmen, die notwendig waren, um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern, sind natürlich auch Grundrechtseinschränkungen gewesen.

Frau Kollegin, sprechen Sie mal mit denen, die praktisch mit einem Berufsverbot konfrontiert sind und ihre Existenz verloren haben. Sprechen Sie mal mit Verkäuferinnen, deren Geschäft von der Pleite bedroht ist. Sprechen Sie mal mit den Kunst- und Kulturbetrieben, und sprechen Sie dabei nicht allein mit hochbezahlten Schauspielerinnen und Schauspielern, sondern mit Bühnenbildnerinnen und Bühnenbildnern, mit Beleuchterinnen und Beleuchtern, mit der Aushilfe an der Kasse, die um ihre nackte Existenz Angst hat.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Frau Kollegin Schäffer, sprechen Sie mal mit Jugendlichen, die ihre Teenagerzeit nicht so leben können, wie Sie es konnten und wie ich es konnte, und denen wir unglaubliche Einschränkungen zugemutet haben und immer noch zumuten.

Ja, Maßnahmen und damit auch Grundrechtsbeschränkungen waren notwendig, um unser Gesundheitssystem zu sichern. Deswegen haben wir sie –

anders als es hier eben suggeriert worden ist – mitgetragen.

Wir dürfen uns aber nicht an Grundrechtsbeschränkungen gewöhnen und sagen: Och, gucken wir mal zwei, drei Wochen weiter und schränken Grundrechte einfach mal auf Verdacht zwei, drei Wochen länger ein. – Was ist das für ein Rechtsstaatsverständnis, liebe Kollegin Schäffer?

Für jeden einzelnen Tag, an dem in diesem Land ein Grundrecht eingeschränkt wird, muss es eine zwingende Begründung geben, und die gibt es nicht mehr.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Frau Abgeordnete Schäffer, früher waren Sie gut vorbereitet. Für das, was Sie eben hier vorgetragen haben, gilt das nicht. Omikron ist nämlich komplett anders als Delta.

Renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Kinderärztinnen und Kinderärzte, mit denen wir im permanenten Austausch sind – sie äußern sich auch öffentlich und daher auch für Sie nachlesbar –, haben uns noch mal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Omikron für Kinder und Jugendliche nicht die Gefahr ausstrahlt, wie es bei Delta gewesen ist.

Deswegen – das muss ich ganz ehrlich sagen – macht der Beitrag, den Sie hier heute geleistet haben, unsere konkrete Arbeit mit den Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen und mit den Eltern deutlich schwieriger, weil Sie immer wieder apokalyptische Dinge an die Wand gemalt haben, die nichts mit der Realität zu tun haben.

(Beifall von der FDP und Matthias Kerkhoff [CDU] – Verena Schäffer [GRÜNE]: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Ich möchte auch an Ihre Verantwortung appellieren. Es kann jetzt nicht die Aufgabe sein, für parteipolitische Geländegewinne Ängste zu schüren,

(Josefine Paul [GRÜNE]: Sagt der FDP-Vorsitzende, genau!)

die sich dann entsprechend artikulieren und es schwieriger machen, zu geordneten Maßnahmen zu kommen, die für alle Beteiligten einen vernünftigen Ausgleich bringen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Man stellt ein Regierungsmitglied da hin, und es hält eine Rede!)

Damit sind wir beim Stichwort „Fairness“. Das, was Sie hier an Kampagne gegen unsere Schulministerin Yvonne Gebauer vorgetragen haben, ist infam, und ich weise es in aller Konsequenz zurück.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es mag für Sie komplexbehaftet sein, dass es Yvonne Gebauer geschafft hat, G8, G9 geräuschlos abzuräumen,

(Beifall von der CDU und der FDP)

die Inklusion wieder zu ermöglichen, indem die Förderschulen erhalten wurden und damit den Familien die Sicherheit gegeben wurde,

(Zurufe von Sarah Philipp [SPD] und Josefine Paul [GRÜNE])

dass auch Kinder mit Handicap eine vernünftige Förderung bekommen, dass Experimente wie Schreiben nach Hören – wie man im Volksmund so schön sagt – endlich beendet sind und unsere Kinder wieder von Anfang an in den Schulen Rechtschreiben lernen.

Dies mag für Sie alles komplexbehaftet sein.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Christian Dahm [SPD] und Josefine Paul [GRÜNE])

Es mag für Sie vielleicht auch komplexbehaftet sein, dass es eine bürgerliche Regierung aus CDU und FDP ist, die die Talentschulen auf den Weg gebracht hat, die jetzt ein Modell für ganz Deutschland werden. Vielen Dank auch dafür, Yvonne Gebauer.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Worauf ich aber

(Christian Dahm [SPD]: Herr Kollege, Valentinstag war gestern! – Weitere Zurufe – Glocke)

noch einmal deutlich zu sprechen kommen möchte – und das ist das Unfaire in der aktuellen Debatte –: Wir haben doch dank Yvonne Gebauer in der Delta-welle, die die schwierigste Bedrohung für unsere Familien in dieser Pandemie gewesen ist, das beste Testsystem deutschlandweit gehabt und Menschenleben gerettet. Das ist der Punkt, den wir erreicht haben. Wir haben Infektionsketten en masse durchbrochen.

Omikron aber ist eine völlig neue Situation.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Deswegen muss auf Omikron auch anders geantwortet werden. Dies haben Sie leider nicht verstanden, daher erzählen Sie hier bitte keine Propaganda gegen unsere Schulministerin. – Vielen Dank!

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich schließe an dieser Stelle die Aussprache zu unserem einzigen Tagesordnungspunkt. Damit sind wir zugleich am Ende der heutigen Sitzung angelangt.

Ich wünsche Ihnen allen einen erfolgreichen und angenehmen Arbeitstag. Wir sehen uns morgen Vormittag pünktlich um 10:00 Uhr zu Beginn der nächsten Plenarsitzung.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 13:40 Uhr**

---

\*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.